

Beschluss

Sachsen in Europa – Europa in Sachsen grenzenlos transparent und nachhaltig

Leitlinien grüner Europapolitik in Sachsen

Einreicher: LAG Europa

Am 7. Juni 2009 finden in Deutschland wie in den meisten Mitgliedsstaaten der EU die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Diese Wahl ist zusammen mit der Kommunalwahl, die am selben Tag in vielen sächsischen Städten und Gemeinden stattfindet, der erste Urnengang der sächsischen Bevölkerung im Superwahljahr 2009. Wir stellen den sächsischen Wählerinnen und Wählern hier die Leitlinien grüner Europapolitik vor.

- Unser Ziel ist ein grenzenloses und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger, das handlungsfähig nach innen und außen seine Verantwortung wahrnimmt. Für uns müssen beide Prozesse - Vertiefung und Integration - der EU weiter gehen.
- Auch wir in Sachsen profitieren von so einer Europäischen Union. Die EU-Strukturfonds sind ein Beispiel für die enormen Chancen, die Sachsen nutzen kann. Der Einsatz von vier Milliarden Euro von 2007-13 erfordert aber eine nachhaltige Investitionspolitik, eine stärkere Mitbestimmung von Kommunen und Zivilgesellschaft sowie endlich Transparenz bei der Verwendung der Fördermittel. Wir wollen insbesondere die europäischen Fördermittel für integrierte Stadtentwicklung so eingesetzt wissen, dass die Attraktivität der Kernstädte steigt und der Flächenverbrauch für Wohn- und Gewerbeentwicklung an den Stadträndern sinkt.
- Klimaschutz ist der Schlüssel für Sachsens zukunftsfähige Entwicklung. Bei keinem anderen Thema ist der Nutzen so vielfältig: mehr Klimaschutz nutzt der Umwelt, fördert die Wirtschaft und sichert langfristig die Versorgung mit Strom und Wärme für uns alle.
- Wir wollen eine EU, die in ihrem Binnenmarkt einen rechtlichen Gestaltungsrahmen setzt, der soziale und ökologische Nachhaltigkeit ermöglicht. Sie kann so in der Globalisierung ein Modell sein gegen ein wirtschaftliches „laissez-faire“, das ohne verbindliche Regeln zu sozialen und ökologischen Verwerfungen führt.

Sächsische Wählerinnen und Wähler,

- die ähnliche Vorstellungen von der Zukunft der EU haben, wie wir sie hier dargestellt und die generell das Europäische Parlament als Bürgervertretung stärken wollen und
- zudem nicht wollen, dass die EU zu einem „zahnlosen Papiertiger“ verkommt, der nur viel Papier produziert, manchmal unnötig normiert oder gar ohne Taten bleibt, bitten wir daher:

Gehen Sie am 7. Juni 2009 zur Europawahl und wählen Sie GRÜN für eine transparente, ökologische und soziale Europäische Union!

Unser Ziel: Ein grenzenloses und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger

Durch die friedliche Revolution von 1989, in der auch unsere historischen bündnisgrünen Wurzeln liegen, erkämpften sich Sächsinen und Sachsen mit Bürgermut den Zugang zu Freiheit und Demokratie. Wir trugen so auch dazu bei, dass der Eiserne Vorhang gefallen ist, der Europa über Jahrzehnte trennte.

Sachsen wie die anderen neuen Bundesländer wurde 1990 als erste der Regionen östlich des Eisernen Vorhangs Teil der EU. 2004 traten dann acht und 2007 zwei weitere Staaten und Nationen des ehemaligen Ostblocks der EU bei. Sachsen rückte dadurch von seiner ehemaligen Grenzlage nun in eine zentralere Lage in der neuen EU-27. Seit dem Beitritt Polens und Tschechiens zum Schengen-Raum im Dezember letzten Jahres ist Sachsen ohne Grenzkontrollen nun auch „grenzenlos“.

- Wir begrüßen dieses nun „grenzenlose“ Sachsen im EU-Binnenmarkt. Fremdenangst und abschottender Provinzialismus dürfen aber nicht die Antwort auf diese neue grenzenlose Herausforderung sein – auch wenn die Sorge wegen der zunächst angestiegenen Diebstahlsquote in den Grenzgebieten nach der Grenzöffnung verständlich ist¹. Wir wollen vielmehr ein offenes Aufeinanderzugehen und Kooperieren mit unseren polnischen und tschechischen Nachbarn. Das erfordert für uns vor allem, dass die grenzüberschreitende Infrastruktur (insbesondere im umweltfreundlichen Verkehr) maßgeblich verbessert wird. Dazu ist generell vonnöten, dass engstirnige Regionalplanung, die stur an Grenzen halt macht, übergeht in grenzüberschreitende Planungen.

Die Erweiterungen der EU erhöhten zwangsläufig die strukturellen und institutionellen Herausforderungen. Daher braucht die EU, um weiterhin effektiv handeln zu können, einen institutionellen Umbau, der die Zusammenarbeit der EU-Staaten vertieft.

Bereits 2002 startete aus diesem Grund ein Konvent zur Zukunft der EU, der auch unter Beteiligung der damaligen Beitrittskandidaten einen Verfassungsentwurf erarbeiten sollte. 2004 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU aufgrund dieses Konvententwurfs dann den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“. Bei den nationalen Ratifizierungen dieses Verfassungsvertrags gingen jedoch die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden negativ aus.

Die EU-Staats- und Regierungschefs machten daher aus dem Verfassungsvertrag einen Reformvertrag, den sie im Dezember 2007 in Lissabon unterzeichneten. Bei den nationalen Ratifizierungen dieses Vertrags von Lissabon ging dieses Jahr nun ein Referendum in Irland negativ aus. Es ist daher momentan fraglich, wie die institutionelle Vertiefung der EU weitergeht.

¹ Im Übrigen ist die Diebstahlquote durch effektivere grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit trotz weiterhin offener Grenze ja inzwischen auch wieder deutlich gesunken.

- Die von uns geforderte und unterstützte Vertiefung der EU funktioniert nicht ohne die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern daher einen transparenten Verfassungsprozess, an dessen Ende ein einheitliches Referendum an einem Tag in der ganzen EU für alle EU-Bürgerinnen und Bürger steht. Dafür ist eine europäische Öffentlichkeit vonnöten, die schrittweise den rein nationalen Blickwinkel überwindet und somit zur Demokratisierung der EU beiträgt.
- Ein solcher Verfassungsprozess war bis jetzt nicht mit allen 27 Mitgliedsstaaten durchsetzbar, was wir Grüne bedauern. Dennoch wollen wir nicht wie die „Linke“ „das Kind mit dem Bade auszuschütten“. In Übereinstimmung mit der grünen Bundestagsfraktion meinen wir daher, dass die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist, da
 - die EU-Grundrechtecharta einklagbaren Rechtsstatus erhält und somit die Rechte der Bürgerinnen und Bürger der EU gestärkt werden;
 - die Position des Europäischen Parlaments (EP) dadurch gestärkt wird, dass die Mitentscheidung des EP im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren („Gemeinschaftsmethode“) zum Regelfall wird und die Haushaltsbefugnisse des EP erweitert werden;
 - die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft zugunsten eines Präsidentenamtes und eines Teamvorsitzes im Rat abgeschafft wird;
 - das Subsidiaritätsprinzip, das bisher nur auf das Verhältnis zwischen EU und Mitgliedsstaaten Anwendung fand, nunmehr auch auf das Verhältnis der EU zu den Kommunen angewendet wird;
 - der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt wird;
 - mit dem Europäischen Bürgerbegehren erstmals ein Element der direkten Demokratie auf europäischer Ebene Einzug hält.

Die institutionelle Reform der EU gewinnt an besonderer Dringlichkeit, weil die Vereinigung Europas ohne die Integration der Länder des ehemaligen Jugoslawiens noch nicht abgeschlossen ist. Der politischen Instabilität der Region kann nur durch einen zeitgleich erfolgenden Annäherungsprozess entgegen gewirkt werden. Die Perspektive eines EU-Beitritts trägt in diesen Staaten wesentlich dazu bei, dass ein zerstörerischer, hasserfüllter Nationalismus nie mehr Oberhand gewinnen kann und stattdessen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung die Zukunft bestimmen.

Bei aller Offenheit für weitere Erweiterungen treten wir für die strikte Erfüllung der Kopenhagener Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft ein.

Die institutionelle Reform der EU ist auch eine Voraussetzung dafür, dass die EU Herausforderungen einer nötigen nachhaltigen Entwicklung anpacken kann, die von Nationalstaaten allein kaum noch zu lösen sind.

Sachsen profitiert von der EU-Strukturförderung Wir fordern mehr Transparenz und Beteiligung

Die Europäische Regionalpolitik ist dem Ziel verpflichtet, Entwicklungsrückstände von Regionen abzubauen. Dieses Ziel ist der EU so wichtig, dass die EU-Strukturfonds inzwischen zum zweitgrößten Haushaltsposten geworden sind. Die neuen Bundesländer, damit auch Sachsen, haben seit 1993 diese Mittel in großem Umfang genutzt².

² Von 1994-2006 sind 10 Mrd. Euro aus den europäischen Strukturfonds in das Ziel-1-Gebiet Sachsen geflossen. In der Förderperiode von 2007-2013 stehen dem Freistaat etwa 4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Die Förderprogramme legen fest, für welche Projekte die Mittel eingesetzt werden dürfen. Dabei gibt die EU-Kommission einen allgemeinen Rahmen vor – es ist Sache der Bundesländer, die Programme je nach dem eigenen Entwicklungsbedarf zu konkretisieren. Die Planungsdokumente heißen „Operationelle Programme (OP)“. Das Sächsische OP für 2007-2013 ist verabschiedet und in Kraft. Insofern betreffen unsere Vorschläge nicht mehr die inhaltliche Schwerpunktsetzung, sondern „nur noch“ die Umsetzung.

Wir sehen folgenden Handlungsbedarf:

1. Die Umsetzung der Operationellen Programme wird in überwiegendem Maße durch die Regierung des Freistaats und die Ministerien bestimmt. Unsere grüne Landtagsfraktion hat bereits vor dem Sächsischen Verfassungsgericht erreicht, dass die Staatsregierung dazu verpflichtet wurde, das Parlament umfassend und rechtzeitig über die Strukturfonds zu informieren. Das Gericht entschied allerdings auch, dass die Entscheidungen über den Mitteleinsatz zum Schutz des exekutiven Kernbereichs allein der Staatsregierung vorbehalten bleiben.
 - Unsere grüne Landtagsfraktion setzt sich weiter dafür ein, dass der Landtag durch das Informationsrecht das Mehr an Verantwortung nutzt, um den Haushaltsberatungen mehr Substanz zu verleihen und in der politischen Debatte die eigene Position gegenüber der Staatsregierung in beratender Form zu verdeutlichen.
2. Fördermittel sind Steuermittel. Bürgerinnen und Bürger sollten daher frühzeitig erfahren können, welcher Fördermittelempfänger wie viel Geld und für welches Projekt erhalten soll bzw. erhalten hat. Zurzeit erfährt man nur sehr schwer etwas über den Einsatz der Gelder aus Brüssel. Die EU-Kommission kritisiert dies schon länger und hat die Mitgliedsstaaten verpflichtet, alle relevanten Daten öffentlich zugänglich zu machen. Passiert ist in Sachsen bis heute nichts.
 - Wir kämpfen dafür, dass jeder Bürger und jede Bürgerin erfahren kann, welche Fördermittel für wen und wofür bewilligt worden sind. Als Steuerzahler/innen haben sie ein Recht darauf.
 - Mit der mangelnden Transparenz verbunden ist das Problem, dass die möglicherweise negative Auswirkungen von Projekten erst spät erkannt werden – zu spät, um sie noch abzuwenden oder die Umweltauswirkungen abzumildern. Das betrifft Infrastrukturprojekte wie Straßenbauvorhaben ebenso wie Investitionen in Wirtschaftsunternehmen (Industrie, Landwirtschaft oder Tourismus).
3. Zu jedem Förderprogramm werden Begleitausschüsse gebildet, in denen relevante Organisationen der Zivilgesellschaft repräsentiert sind. Auch wenn sich die Kommunikation zwischen Ministerien und den Begleitausschüssen über die Jahre verbessert hat, ist sie doch immer noch eher formaler Natur. Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten sind bislang mäßig bis gering.
 - Wir wollen erreichen, dass die Begleitausschüsse rechtzeitig Zugang zu allen entscheidungsrelevanten Informationen erhalten und dass sie in ihrer Selbstorganisation und Entscheidungsfindung gestärkt werden, auch unter Nutzung von Mitteln der Technischen Hilfe.
 - Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass die Begleitausschüsse Stimmrecht erhalten. Erst dann wird eine Mitwirkung auch für die Vertreter der Zivilgesellschaft rele-

Für die Kommunen sind die europäischen Fördermittel eine starke Unterstützung: die Leipziger Stadtverwaltung konnte beispielsweise in den meisten Fällen jeden „kommunalen“ Euro durch drei Euro Fördermittel ergänzen. Herausragende Wirkung erzielte die Gemeinschaftsinitiative URBAN II (2000-2006). 15 Mio. Euro wurden im Leipziger Westen investiert und damit zahlreiche sichtbare, nachhaltig wertvolle Projekte realisiert – und das mit einer breiten Bürgerbeteiligung.

vant und wirkungsvoll – und die Ausschüsse von den Fondsverwaltern ernst genommen.

4. Städte und Gemeinden, Unternehmen und gemeinnützige Organisationen sind die Ebene, wo ein großer Teil der Fördermittel letztlich eingesetzt wird. Die Sachkompetenz der Praktiker vor Ort wird ungenügend genutzt.
 - Wir stehen dafür, dass die Kommunikation zwischen Freistaat auf der einen und den Städten und Gemeinden, den Vertretern der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite verbessert und bis zum Ende der Förderperiode auf Augenhöhe geführt wird. Sinnvoll wären hierbei regelmäßig von der Staatsregierung durchgeführte Regionalkonferenzen.
 - Um eine innovativere Verwendung der Fördermittel zu erreichen, schlagen wir vor, dass bei geeigneten Themen ergänzend zu den „formalen“ Antragsverfahren inhaltliche Wettbewerbe ausgerichtet werden. Das betrifft zum Beispiel den Arbeitsmarkt – andere Regionen in Deutschland haben hier gute Erfahrungen vorzuweisen (Bremen; NRW).

Integrierte Stadtentwicklung braucht eine starke Bürgerbeteiligung

Die Institutionen der Europäischen Union haben in verschiedenen Beschlüssen und Dokumenten anerkannt, dass Städte eine zentrale Funktion für die Entwicklung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit einnehmen.

Die Gemeinschaftsinitiative URBAN ist zwar seit 31.12.2006 beendet, aber die Stadtentwicklung wird von 2007-2013 über den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung weiter gefördert. Experten nennen die Einordnung der Stadtentwicklung in die Regelförderung „Mainstreaming“. Damit verbunden sind zwei Effekte. Erstens: die Fördermittel werden (anders als bei URBAN) für alle Kommunen zugänglich – was grundsätzlich begrüßenswert ist. Zweitens aber - und das finden wir sehr bedenklich - die qualitativen Ansprüche sinken. URBAN hat für die integrierte Stadtentwicklung Maßstäbe gesetzt, hinter die man nicht zurück fallen sollte. Wenn das Sächsische Innenministerium als zuständige Behörde nun lieber auf Investitionen aus Mörtel und Steinen setzt und die Förderung sozialer Integration und lokaler Ökonomie als weniger notwendig betrachtet, dann finden wir das nicht nur falsch, sondern sehen darin zudem einen Widerspruch zu den EU-Förderrichtlinien.

Sachsens Städte haben mit den verfügbaren EU-Mitteln in Höhe von 110 Millionen Euro, ihren zielgerichteten Einsatz vorausgesetzt, die Chance, die laufende Schrumpfung zu steuern, strukturelle Defizite zu beseitigen und neue Qualitäten zu entwickeln.

Wir meinen, Sachsens Städte sind „schöner“ als der bundesdeutsche Durchschnitt. Mehr noch: Sie könnten sogar im Stadtumbau an Lebendigkeit und Zukunftsfähigkeit gewinnen!

- Wir kämpfen dafür, dass die Inhalte der *Charta von Leipzig* als Leitbild der Stadtentwicklung angewandt werden. D. h. dass ein beschlossenes Programm zur integrierten Stadtentwicklung (SEKO oder INSEK) zur Voraussetzung jeglichen Einsatzes von EU-Mitteln gemacht wird.
- In unserem Verständnis lässt sich integrierte Stadtentwicklung nicht auf bauliche Maßnahmen reduzieren. Bürgerbeteiligung, Förderung der sozialen Integration und der lokalen Ökonomie gehören in das Paket. Wir setzen uns dafür ein, dass Projekte wie Quartiersmanagement weiter finanziert werden.
- Wir wollen, dass die öffentlichen Mittel eingesetzt werden, Schrumpfung qualitativ so zu steuern, dass der erhaltenswerte Altbaubestand in den Stadtquartieren saniert und der nach wie vor laufenden Zersiedelung entgegen gewirkt wird. Diese Strategie bewahrt die Städte vor einem unwiederbringlichen Kultur- und Gesichtsverlust.

- Wir setzen uns dafür ein, dass langfristig nicht zu haltende Wohngebäude und Infrastruktur sozialverträglich zurück gebaut werden.
- Wir stehen dafür, dass in diesem Zusammenhang in den Denkmalschutz investiert werden muss, weil Investitionen in diesem Bereich Werte und Arbeitsplätze in vielen Handwerksbetrieben schaffen.

Klimaschutz ist DER Schlüssel für unsere Zukunftsfähigkeit

Auf der LDK im Oktober letzten Jahres haben wir bereits beschlossen: Wir stehen für weitere Investitionen in Kohle oder Atom nicht zur Verfügung, umso stärker wollen wir uns für Energiesparen und Erneuerbare Energien engagieren.

- **CO₂-Reduktionsziel.** Wir sind der Überzeugung, dass über 30% weniger CO₂ bis 2020 möglich sind – und wir dennoch nicht mit dicken Pullovern bei Kerzenschein sitzen müssen. Das erfordert allerdings große Anstrengungen, zu denen die EU derzeit nicht gewillt ist.
 - Wir fordern, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis 2020 mindestens 30% der CO₂-Emissionen innerhalb ihrer Grenzen reduzieren. Gleichzeitig fordern wir die EU auf außerhalb ihrer Grenzen CO₂-Einsparpotentiale zu nutzen, indem sie Länder des Südens bei deren Klimaschutzanstrengungen technologisch und finanziell unterstützt.
- **Kommunaler Klimaschutz:** Die hohen Energiepreise sind eine Chance fürs Klima – denn sie zwingen zum Handeln. Sachsens Kommunen sollen mit kommunalen Klimaschutzaktivitäten auf der lokalen Ebene Vorreiter im Klimaschutz werden. Seit Juni 2008 können sie Fördermittel des Bundes bei der Aufstellung kommunaler Klimaschutzprogramme sowie der Einstellung kommunaler Klimaschutzmanager nutzen. So sollen Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien gefördert werden.
 - Eine energetisch hochwertige Sanierung des Gebäudebestandes ist für Kommunen Herausforderung und Chance zugleich, denn so wird beim CO₂-Sparen gleichzeitig die Haushaltskasse entlastet. Wir setzen uns dafür ein, dass die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbegebäuden beschleunigt wird.
 - Kommunen können sich durch europäische Programme orientieren, anregen, fördern und unterstützen lassen. Wir empfehlen den „European Energy Award“ oder „GreenBuilding“ als Programme stärker zu nutzen. Andere Bundesländer sind hier weit aktiver und räumen Preise ab!
 - Die vom Bund geförderte beispielhafte CO₂-neutrale Gebäudeenergieversorgung zeigt den Weg aus der umweltverbrauchenden zentralen Versorgung in dezentrale umweltgerechte Strukturen.
 - Sachsen muss verstärkt auf Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis erneuerbarer Energien statt weiter auf den Bau konventioneller Kohlekraftwerke setzen. Eine Übergangstechnologie auf dem Weg dahin ist die städtische Energieversorgung in Kraft-Wärme-Kopplung auf GuD-Basis (Gas- und Dampf-Heizkraftwerke).
 - Kommunale wie auch Landesverwaltungen können ihren Beitrag zur Senkung verkehrsbedingter Emissionen leisten, indem sie
 - in Dienstreiseordnungen den konsequenten Vorrang umweltfreundlicher Verkehrsträger durchsetzen

- umweltfreundlichere kleinere Dienstwagen nutzen und bei städtischen Dienstleistungen und im Fuhrpark auf alternative Antriebe umstellen
- bzw. durch Nutzung von CarSharing ganz auf eigene Fuhrparks verzichten.
- **Energieeffizienz:** Derzeit werden immer noch 20% der Energie verschwendet, weil sie nicht effizient genutzt wird. 100 Mrd. kostet das europaweit bis 2020. Wir wissen alle: Energiesparen rechnet sich.
 - Die EU will energieeffizienteste Region der Welt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die möglichen 20% Verbesserung der Energieeffizienz zum *verbindlichen* Ziel der EU werden.
 - Wir begrüßen, dass private Investitionen in die Energieeffizienz durch Mittel der EU gefördert werden. Programme wie die Umweltinvestitionsfonds der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder das Förderprogramm Energieeffizienz und Klimaschutz der SAB sollen unserer Ansicht nach stärker gefördert werden – denn hier liegt die Zukunft.
- **Subventionen:** Noch immer werden „schmutzige“ Energien subventioniert, d. h. gegenüber umweltfreundlichen Energieträgern künstlich verbilligt.
 - Wir treten dafür ein, dass diese Subventionen zugunsten der Förderung erneuerbarer Energien umgeschichtet werden.
 - Des Weiteren sollten die externen Kosten der nicht regenerativen Energieträger, die z.B. durch Umweltschäden entstehen, transparent dargestellt werden. Die Europäische Umweltagentur schätzt diese auf jährlich 40-70 Milliarden . (Wie hoch sind die Schäden in Sachsen, die durch die Braunkohleabbau und -verbrennung verursacht werden?)
- **Sonne, Wind und Biomasse.** Europa hat gerade erst begonnen, sein enormes Potenzial an erneuerbaren Energien zu nutzen. Studien zeigen, dass es langfristig möglich ist, den Strombedarf Europas durch erneuerbare Energiequellen zu decken, wenn die richtigen Strategien und Maßnahmen ergriffen werden. Das 20%-Ziel der EU für erneuerbare Energien im Jahre 2020 ist ein guter Start, aber das Potenzial ist viel größer. Ihr Anteil an der Europäischen Stromversorgung kann bis 2020 auf 35% erhöht werden.
 - Wir begrüßen und unterstützen die Idee der Europäischen Grünen zur Gründung einer *Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE)*. Das würde eine entscheidende Unterstützung für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien durch Forschungsförderung, Pilotprojekte und Netzentwicklung bedeuten. Die meisten Europäer sehen die Erneuerbaren Energien als Schlüssel für die Energieerzeugung der Zukunft. Die Europäische Kommission und manche Mitgliedsstaaten müssen dies endlich anerkennen und nicht weiter auf eine Renaissance der Atomkraft hoffen.
 - Sachsen hat bei der Förderung der Erneuerbaren Energieträger erheblichen Nachholbedarf. Fährt man durch Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, sieht man Windräder – mitunter soweit das Auge reicht. Was ist in Sachsen? Auch hier gibt es genügend Flächen, die unter Beachtung aller Auswirkungen auf Natur und Mensch nutzbar sind.

Die EU muss sozialer werden

Die solidarische Idee der EU-Strukturpolitik ist ein Beispiel dafür, dass die EU heute mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft ist. Allerdings hält die fortschreitende Integration der Märkte im

EU-Binnenmarkt, die sicherlich die Wirtschaftsleistung der gesamten EU erhöht, nicht mit ihrer sozialpolitischen Ausgestaltung mit.

Die sozialen Verwerfungen in den EU-Mitgliedsstaaten lassen sich nicht mehr allein auf nationaler Ebene lösen. Nein, im Gegenteil: aufgrund der von manchen EU-Institutionen momentan vertretenen Dominanz des Wettbewerbsrechts droht den sozialen Sicherheitssystemen und Grundwerten wie der Tariftreue bzw. Tarifautonomie im EU-Binnenmarkt die Erosion.

Die EU hat zwar keine Kompetenzen in Fragen Tarifhoheit bzw. Streikrecht. Der EuGH maßt sich beispielsweise aber bei seiner Entscheidung im Fall „Rüffert“ an, politisch legitimes Arbeitsrecht gegen unternehmerische Freiheit abzuwägen und stillschweigend zu kassieren.

Ein weiteres Beispiel für eine drohende soziale Schieflage durch die Dominanz des Wettbewerbsrechts ist die Gefahr, dass die EU-Kommission darauf drängt, soziale Daseinsvorsorge (Kindergärten, Pflegedienste, Behindertenhilfe, Drogenberatungsstellen, Frauenhäuser usw.) ungeschützt dem Wettbewerb auszusetzen.

Solche Entscheidungen in manchen EU-Institutionen verringern sicherlich eher die Akzeptanz der europäischen Integration in der breiten Bevölkerung als dass sie sie steigern.

- Wir setzen dem eine pro-europäische Vision entgegen: Den Gedanken eines *sozialen Binnenmarktes*. Das Liberalisierungsziel des Binnenmarktes muss sozialen Zielen gleich gestellt werden. Wir wollen die Dominanz des Wettbewerbsgedankens und des „laissez-faire“ im Binnenmarkt, den Abgeordnete von CDU/CSU und FDP im Europäischen Parlament unterstützen, brechen. Auch hier ist der Vertrag von Lissabon ein Schritt in die richtige Richtung. Wer von der europäischen Integration soziale Fortschritte fordert, darf sich nicht wie die „Linke“ gegen diesen Vertrag stellen. Er enthält mit der EU-Grundrechtecharta ja gerade wichtige soziale Grundrechte; außerdem wird in ihm auch die Zielsetzung des gemeinsamen Binnenmarktes um das Ziel einer wettbewerbsfähigen *sozialen und ökologischen* Marktwirtschaft ergänzt.
- Wir begrüßen auch, dass der Vertrag von Lissabon zum ersten Mal im europäischen Primärrecht die Grenzen des Binnenmarktes bei der Daseinsvorsorge deutlicher zieht. So stellt er klar, dass es die EU-Mitgliedsstaaten und nicht die EU-Institutionen sind, die die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger finanzieren, bereitstellen und in Auftrag stellen. Klarer als bisher werden durch den Vertrag auch die Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeit der kommunalen und der regionalen Verwaltung für diese Dienste betont. Die Grünen im Europäischen Parlament werden sich daher nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon dafür einsetzen, dass sich die EU-Kommission dem neuen Primärrecht unterordnet und den Kommunen in der Daseinsvorsorge wieder mehr Autonomie einräumt. Die selbst bestimmte Daseinsvorsorge der Kommunen kann also nicht nur bei der Kommunal-, sondern eben auch bei der am selben Tag stattfindenden Europawahl durch ein Kreuz bei Bündnis90/Die Grünen gestärkt werden.
- Für ein sozialeres Europa ist es aber auch wichtig, dass erkannt wird, dass ein europaweiter Arbeitsmarkt bereits existiert. Dadurch muss auch die Rolle der Tarifpartner, der Gewerkschaften und des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene geklärt werden. Ebenso muss die EU-weite Übertragbarkeit sozialer Leistungsrechte ermöglicht bzw. verbessert werden.
- Teil der sozialen Dimension ist die Durchsetzung einer europaweiten Antidiskriminierungspolitik. Wir treten dafür ein, dass diese Grundsätze nicht nur im Privatrecht sondern auch für Waren und Dienstleistungen angewendet werden müssen.

Langfristig können wir uns auch einen europäischen Mindestlohn und ein in ganz Europa geltendes bedingungsloses Grundeinkommen vorstellen. Uns ist aber klar, dass Kernbereiche nationaler Sozialpolitik wie soziale Sicherungssysteme und Beschäftigungspolitik derzeit nicht in der Kompetenz der EU liegen. Manche EU-Mitgliedsstaaten sehen europaweite soziale Mindest-

standards sogar als unsolidarischen Protektionismus an. Daher kann eine weiterreichende EU-Integration in sozialen Fragen nur vorankommen, wenn sie langfristig von einer europäischen Öffentlichkeit gefordert wird.

Wir Grüne haben hier die Hoffnung und den Willen, dass die EU langfristig unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ihrem Binnenmarkt einen rechtlichen Gestaltungsrahmen gibt, der europaweit eine nachhaltige soziale und ökologische Entwicklung ermöglicht. Sie kann so in der Globalisierung ein Modell gegen ein wirtschaftliches „laissez-faire“ sein, das ohne verbindliche Regeln zu sozialen und ökologischen Verwerfungen führt.